

Öffentliche Soziologie als sozialwissenschaftliche Antwort auf das neoliberale Rollback? Zehn Thesen und einige skeptische Fragen sowie weiterführende Überlegungen zu einer aktuellen Debatte in konstruktiv-kritischer Absicht

Einleitung

Nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 haben nicht nur prominente wissenschaftliche Beobachter wie etwa Jürgen Habermas (2008) von einer *Zeitenwende* gesprochen oder, wie Paul Krugman (2009) angesichts einer drohenden *neuen Weltwirtschaftskrise* mit der *Wiederkehr von Keynes* gerechnet. Für kurze Zeit konnte man das Wort von der Zeitenwende hierzulande sogar aus dem Mund führender Politiker hören¹ – und der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber (2010) versuchte, unter dem Eindruck einer drohenden neuen Weltwirtschaftskrise eine Debatte über einen *Kurswechsel für Deutschland* anzustoßen. Darin sollte neben der ökonomischen auch die ökologische Krisendimension eine wesentliche Rolle spielen. Doch die deutsche Exportwirtschaft mit ihrer diversifizierten Qualitätsproduktion erholte sich rasch. Die Politik half mit schier unbegrenzt verfügbaren Steuergeldern, die Weltfinanzkrise einzudämmen, indem sie ‚systemrelevante‘ Banken subventionierte. Die darüber massiv angewachsene Staatsverschuldung hat sie danach innerhalb der EU in eine ‚Schuldenkrise‘ umdefiniert, angesichts derer nun die BürgerInnen ‚den Gürtel enger schnallen‘ müssten. Die deutsche Wirtschaft gehörte rasch zu den Gewinnern der Weltfinanzkrise. Verlierer waren vor allem die südeuropäischen Staaten.² Die gewerkschaftlichen Debatten hierzulande blieben bald stecken. Was wir seither in der EU im Zeichen einer neoliberal geprägten Austeritätspolitik erleben, sind der *Triumph gescheiterter Ideen*‘ (Lehdorff 2014), weiter voranschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse, eine *Refeudalisierung* prägender sozialer, ökonomischer wie politischer Strukturen unserer Gesellschaft (Neckel 2013, Zinn 2015 und 2016, Martens 2016), offenkundig stagnierende Anstrengungen, politisch gesetzte Klimaziele zu erreichen und das *Kaufen von Zeit* (Streeck 2015) für eine Politik des ‚Weiter-so‘. Nur ist es so, dass diese Politik nicht, wie sie behauptet, den Status Quo verteidigt, sondern vielmehr, intendiert oder nicht, fortschreitend auf postdemokratische Verhältnisse zusteuert. Gleichzeitig türmen sich die multiplen Krisenprozesse zu immer größeren Problemwolken auf, und das Vertrauen der Wirtschafts-

¹ Barak Obama sprach immerhin kurzfristig von einem Paradigmenwechsel und dachte vielleicht auch an Keynes. Aus der Sicht von Angela Merkel und Peer Steinbrück hingegen war im Frühjahr 2009 schon der ‚halbe Keynes‘ eher des Teufels. Paul Krugman jedenfalls sieht damals die Politik der EU mit Sorge und schimpft Steinbrück einen Repräsentanten *erbärmlicher politischer Führung* mit *vollkommen unwissenden Hasstiraden*, wie man solche in den USA schon bei den Republikanern suchen müsse (siehe Martens 2010,33).

² In Griechenland wurden mit der Austeritätspolitik der folgenden Jahre soziale Verhältnisse ‚herbeigespart‘, die einmal erreichte europäische Standards nun wieder massiv unterschreiten.

bürgerInnen in die Problemlösungskompetenz der politischen Parteien schwindet. Keine Partei ist davon in Deutschland derzeit so sehr betroffen wie die Sozialdemokratie. Sie hat zu Beginn des Jahrtausends mit der Agenda 2010 unter dem Druck des stetig forcierten neoliberalen Rollbacks gegen die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien ein Kernstück ihres politischen Selbstverständnisses preisgegeben. Jürgen Habermas bezeichnet sie aktuell, insbesondere im Hinblick auf ihren Umgang mit der Krise der EU, als *verzagt und mutlos* (SZ 06.07. 2018). Aber auch die Konservativen Parteien sind mittlerweile im Zeichen eines anwachsenden und zunehmend aggressiven Rechtspopulismus einem spürbaren Erosionsdruck ausgesetzt, und auch die längst zu einem reinen Wirtschaftsliberalismus mutierten Liberalen unterliegen tiefgreifenden Veränderungsprozessen. Selbst die moderaten, immer noch im Horizont neoliberalen Denkens verbleibenden europapolitischen Impulse des französischen Präsidenten Emmanuel Macron stoßen so gegenwärtig bei deutschen Konservativen und Wirtschaftsliberalen auf Denkblockaden.

Die Debatte um eine *öffentliche Soziologie* (Dörre u.a. 2017) ist vor dem Hintergrund solcher ungelöster, in die Zukunft hinein ‚vertagter‘ und sich deshalb nur noch bedrohlicher aufschaukelnder Krisenprozesse zu verstehen – und sie hat viel damit zu tun, dass die Soziologie als Wissenschaft, wie Pierre Bourdieu (2005,137) einmal unter Bezugnahme auf Wolf Lepenies formuliert hat, eine Art *Bastard* ist. Sie vermag in Zeiten eines eher zunehmend naturwissenschaftlich geprägten Wissenschaftsverständnisses mit ihren Ergebnissen immer weniger Resonanz in der Gesellschaft auszulösen – ganz anders als eine an einem naturwissenschaftlichen Wissenschaftsverständnis orientierte angebotsorientierte Wirtschaftswissenschaft, die, in Deutschland besonders einseitig und dominant³ Hannah Arendts (1971/ 2004) Stufenfolge von *Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge, Ideologisierung und Wirklichkeitsverlust* in der Politik stützt. Till van Treeck (2017, 345) spricht so völlig zu Recht von einer *Krise der Wirtschaftswissenschaften*, was den *Triumph* ihrer *gescheiterten Ideen* (Lehndorff 2014) im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Leitlinien in Deutschland wie in der EU allerdings immer noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ihr den Politikbetrieb stützender Marktradikalismus prägt weiter den öffentlichen Diskurs.

Die Debatte um eine *öffentliche Soziologie* ist von Soziolog*innen angestoßen worden, nach deren Selbstverständnis ihr wissenschaftliches Fach als *Wissenschaft von der, in der und für die Gesellschaft* (Burawoy, zitiert nach Aulenbacher 2017, 86) fast selbstverständlich das Ziel haben müsste, die Zivilgesellschaft gegen eine stetig weiter fortschreitende Vermarktlichung zu verteidigen. Der Arbeitssoziologe Michael Burawoy hat einen wesentlichen Impuls für diese Debatte gesetzt. Er hat sich mit den Folgen solcher Vermarktlichung zuletzt empirisch in einem der Schwellenländer auseinandergesetzt, auf die sich die industrielle Produktion der in den Augen mancher wissenschaftlicher Beobachter zunehmend postindustriellen westlichen Länder zuletzt verlagert hat. Er und Andere stellen angesichts des ungebrochenen neoliberalen

³ Von den naturwissenschaftlich geprägten Entwicklungen und Anwendungen der ganz wesentlich auf Herrschaftswissen hin angelegten IuK-Technologien soll hier erst gar nicht die Rede sein.

Rollbacks die Frage, ob die Soziologie noch eine öffentliche Stimme besitzt, die ernst genommen wird, und ob sie es vermag, sofern sie diesen Anspruch überhaupt erhebt, Einfluss auf die im Gange befindliche gesellschaftliche Transformation zu nehmen? In dem von ihnen angestoßenen innerwissenschaftlichen Diskurs geht es ihnen um den Versuch, diese Fragen zumindest anzugehen.

Die nachfolgenden Thesen zielen darauf ab, in diese Debatte konstruktiv-kritisch eine Position einzubringen, die sich aus der Erfahrung von 45 Jahren arbeitswissenschaftlicher und arbeitspolitischer Praxis in einem eher hochschulfernen anwendungsorientiert und politiknah ausgerichteten Forschungsinstitut, dem Landesinstitut sozialforschungsstelle Dortmund, speist. 25 Jahre lang war ich in dieser Zeit Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsgremiums des Instituts, das um die Jahrtausendwende herum die vermutlich größte arbeitswissenschaftliche Forschungseinrichtung dieser Art in Deutschland gewesen ist. Für Kenner dieses als Landesinstitut zunehmend hochschulfernen Instituts ist es nicht überraschend, dass ich mich eher in der Nähe von Brigitte Aulenbachers Lesart öffentlicher Soziologie sehe, nach der *professionelle, angewandte und öffentliche Soziologie als drei Ausrichtungen des Fachs* anzusehen sind, *in denen es in kritischer Intention Gesellschaftsanalyse betreiben kann* (Aulenbacher 2017, 87).⁴ Aus meiner Erfahrung heraus meine ich jedenfalls, wohlbegründet die These vertreten zu können, dass die sozialwissenschaftliche Forschung, der ich während meines Erwerbslebens verpflichtet war und immer noch bin,⁵ immer darum gerungen hat, eine anwendungsorientierte und politiknahe Forschungs- und Beratungstätigkeit unter anderem in der Tradition kritischer Theorie zu fundieren und ihre Ergebnisse vor allem immer wieder an jeweilige gesellschaftliche Teilöffentlichkeiten zurückzuspielen. Mit den folgenden zehn Thesen möchte ich mich von daher konstruktiv-kritisch an der laufenden Debatte beteiligen.

Zehn Thesen zur Öffentlichen Soziologie

1. Schon im Blick auf die Soziologie selbst als einzelwissenschaftliches Feld, das Burawoy zu Recht als *Machtfeld* bezeichnet, ist öffentliche Soziologie ein höchst anspruchsvolles Programm

Die AutorInnen von *Öffentliche Soziologie* fragen in der Einleitung zu ihrem Sammelband (Aulenbacher u.a. 2017), ob die Soziologie eine öffentliche Stimme besitzt die ernst genommen wird und ob sie einen solchen Anspruch selbst ernst nimmt, der heute bedeuten müsste, als Wissenschaft Einfluss auf einen in Gang befindlichen Transformationsprozess zu nehmen? Sie wollen diese Fragen in einem ersten Schritt

⁴ Ähnlich argumentiert in dem hier in Rede stehenden Sammelband auch Christoph Georg, der mit Bezug auf den frühen Horkheimer zudem die Herausforderung zu wissenschaftlicher Interdisziplinarität hervorhebt (Georg 2017, 133f).

⁵ Siehe zu meinem Verständnis der Forschungs- und Beratungstätigkeit an der sfs Martens 2001, zur rückblickenden Bilanzierung meiner wissenschaftlichen Arbeit am Landesinstitut Sozialforschungsstelle im Blick nach vorn Martens 2013.

zumindest angehen (a. a. O. 13). Dabei sind die aktuellen Veränderungen im wissenschaftlichen Feld erklärtermaßen ihr Ausgangspunkt (a. a. O. 14). Bei einer Lageeinschätzung, die angesichts des noch ungebrochenen neoliberalen Rollbacks unter anderem bestimmt ist vom Verlust gesellschaftspolitischer Akteure als Ansprechpartner und der Zerstörung bürgerlicher Öffentlichkeit, ist ein solcher Schritt schlüssig. Im Blick auf den innerwissenschaftlichen Diskurs gilt es aber zu beachten, dass die Soziologen Zustand und Leistungsfähigkeit ihres Faches höchst kritisch diskutieren, und dass das wissenschaftliche Feld, auch das der Soziologie als einer Disziplin darin, im Übrigen nicht zuletzt ein *Machtfeld* ist, wie Burawoy zutreffend feststellt.⁶ In ihm wird ein stetiger Kampf um die Behauptung theoretischer Erklärungsansätze und die Sicherung und Festigung wissenschaftlicher Reputation geführt. Kein geringerer als Max Plank, der Idee fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnis tief verpflichtet, hat einmal im Zusammenhang mit Ausführungen um Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Lehrmeinungen festgestellt: *Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich belehren, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben* (Plank, 1990, 33). Heute ist dies ein Kampf, der angesichts des *akademischen Kapitalismus*, der an den Universitäten Einzug gehalten hat (Münch 2011), nicht zuletzt ein Kampf um Ressourcen ist.

2. Das Projekt einer *öffentlichen Soziologie* kann auch als eine Reaktion auf eine Krise des Fachs verstanden werden. Seine Protagonisten müssten sich deshalb – über die Aufforderung hinaus, sich innerhalb des Fachs wechselseitig ernst zu nehmen - zunächst mit den Debatten auseinandersetzen, in denen sich einige seiner wichtigsten Repräsentanten zu dessen Krise geäußert haben.

Klaus Dörre spricht in seinem Einzelbeitrag zur Debatte davon, dass es sich bei der Soziologie – der *professionellen, angewandten* oder auch *kritischen Soziologie* - um eine *Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff* handele. Für die Soziologie gilt aber auch – in den Worten von M. R. Lepsius (2003 und 2008), dass unser Fach unter den heutigen Bedingungen der *Wissenschaftsfreiheit* in der Regel von kurzatmiger und marktnaher Drittmittelforschung geprägt ist, die nach seiner Beobachtung in aller Regel nicht mehr auf Theorien mittlerer Reichweite rückbezogen wird. Die Soziologie sei, so Lepsius, ein *merkwürdiges Fach*, nicht nur *Krisenwissenschaft* sondern *selbst eine Dauerkrise, ohne Selbstreflexion in bemerkenswertem Ausmaß*. Sie füge sich ohne *richtige fachbezogene Formierung* in eine *Anpassung an vermeintliche oder tatsächliche Probleme*. Weiter konstatiert er, dass die Soziologie keine *normative*

⁶ Michael Reif (2016) weist überdies mit Recht in seiner soziologiegeschichtlichen Analyse darauf hin, dass jene frühen professionellen Soziologen wie Max Weber oder Georg Simmel, die in den 1920er Jahren in Deutschland im an den Universitäten institutionalisierten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Machtfeld um die Etablierung der Soziologie als neue wissenschaftliche Disziplin gekämpft haben, diesen Kampf nicht zuletzt mit *definitionspolitischen Konzepten* geführt hätten, die darauf zielten politische Erwartungen an das Fach zurückzuweisen. Professionalisierung durch gesteigerte Selbstreferentialität könnte man dazu systemtheoretisch zugespitzt sagen.

*Kraft (habe), die eine Begriffskontinuität und Begriffsentwicklung sichert. Das Problem liege zugleich darin, dass die sozialen Probleme keine Definitionsmacht auf die Gestalt der Soziologie hätten und die Folge davon sei, dass man aus soziologischer Perspektive unabhängig vom öffentlichen Diskurs diskutieren (könne), was man will. Das ist Freiheit, so fährt er fort, aber professionspolitisch würde man natürlich immer darauf hinweisen, dass eine zu große Beliebigkeit eingetreten ist (Lepsius 2003, 21f).*⁷ Ähnlich kritisch hat sich im Jahr 2004 Immanuel Wallerstein geäußert, der die Sozialwissenschaften insgesamt in einem *erbärmlichen Zustand* sieht.⁸ In einem Blick von außen schließlich hat der Kantianer Reinhard Brandt (2011, 146) im Zuge seiner kritischen Analyse des Zustands der deutschen Universität nach Bologna ganz ähnlich davon gesprochen, dass in den Kulturwissenschaften, zu denen viele Fächer mutiert seien, von einer Art *Worthülsenakrobatik im Niemandsland der Unverbindlichkeit* gesprochen werden müsse. Seine Schlussfolgerung lautet: *Was tun? Partisanen der Erkenntnis werden. Das Regime der Bürokratie demaskieren und schwächen, wo immer es möglich ist* (a. a. O. 197). Ganz ähnlich hat übrigens ein kritischer Arbeitsforscher, unser Kollege Dieter Sauer, in seinem *historischen und subjektiven Blick in die Zukunft der Arbeits- und Industriesoziologie* argumentiert, als er meinte, eine kritische Industriesoziologie werde zukünftig wieder mehr auf *subversive Strategien* verwiesen sein (Sauer 2008, 215).

Allerdings scheint es bei all dem nicht nur um den Zustand der Soziologie zu gehen. Der Soziologe Richard Münch spricht in seinem Buch *akademischer Kapitalismus* davon, dass unsere Gesellschaft *die Universitäten als Freistätten des Geistes aufgibt* und im Zuge der Ökonomisierung der Universität einer *Marktillusion* aufsitze. In ihr glaubten Beobachter und beteiligte Akteure, ihre Konkurrenz führe zu einer *optimalen Allokation von Angebot und Nachfrage wie beim Marktwettbewerb*, strebten aber *primär nach Erfüllung der Standards, die der zentral positionierte Nachfrager*, also das BMBF mit der staatlich alimentierten DFG, *in Kennziffern ausdrückt*.⁹ Doch wie auch immer, nimmt man die hier skizzierte Debatte ernst, dann folgt daraus: Die Anforderung an die Wissenschaftler*innen des Fachs, sich in dessen Inneren Diskursen wechselseitig ernst zu nehmen, dürfte kaum ausreichen, um wirksam den Folgen zu begegnen, die eben der Vermarktlichungsprozess im universitären Wissenschaftsbe-

⁷ Die Arbeits- und Industriesoziologie, in der einige der Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie* kommen, hat in Deutschland vor ca. 15 Jahren immerhin eine Debatte über ihre eigene Krise geführt, dann aber mit der Feststellung, es gehe um eine Neuvermessung des Fachs (Huchler 2008), diese Debatte rasch wieder beendet.

⁸ Beide, Lepsius wie Wallerstein sind hoch anerkannte Sozialwissenschaftler; und es sei daran erinnert, dass Wallerstein (1995) sich bereits am Ende seiner Arbeit als Vorsitzender der *Gulbenkiankommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, äußerst kritisch geäußert und dazu aufgefordert hat, die Sozialwissenschaften in ihrer historisch gewachsenen Form *kaputt zu diskutieren*.

⁹ Vgl. Münch, (2011), hier zitiert mit Kernaussagen aus einer Rezension von R. Klausnitzer unter dem Titel: *Intervention gegen das akademische Monopoly von heute*, in: Der Freitag 01.08. 2011.

trieb zeitigt, gegen den die Initiative einer *öffentlichen Soziologie* zielt. Mindestens muss man auch ihn zum Gegenstand der Debatte machen.

3. Öffentliche Soziologie muss sich in der Verfolgung ihres Projekts darüberhinaus zugleich mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüchen auseinandersetzen, und dabei bringt ihr einzelwissenschaftlicher Zugriff unausweichlich Probleme mit sich.

Wer in solcher Lage argumentiert, dass die Soziologie künftig nur als Anwältin einer Zivilgesellschaft bestehen könne, die das Soziale gegen die *Tyrannie des Marktes und des staatlichen Despotismus* verteidigt (Buraway 2015, 89), wird sich mit den eben skizzierten Analysen zur Entwicklung im Wissenschaftssystem selbst auseinandersetzen müssen. Und selbstverständlich muss öffentliche Soziologie schon bei dieser Aufgabenstellung, und erst recht bei denkbaren Versuchen zu ihrer Realisierung, immer auch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Umbrüche im Blick haben. In der gemeinsamen Einleitung der Herausgeber ist so von einem *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* die Rede (Aulenbacher u.a. 21ff). In dem Beitrag von Klaus Dörre (2017, 37ff) sind weitere Stichworte die der *ökonomisch-ökologischen Doppelkrise* und der drohenden *Systemkrise*. Das führt ihn zu einer Skizze von *Postwachstums-Kapitalismen* und fünf dagegen zu verfolgenden *Kernprojekten* (a. a. O. 46ff und 53ff). Michael Burawoy spricht von *drei Wellen der Vermarktlichung* in der Geschichte des Kapitalismus mit entsprechenden Hauptorientierungen gesellschaftlichen Konflikte, der Soziologie usw. (Burawoy 2017, 109). Das ist extrem ambitioniert und bereitet angesichts der sehr holzschnittartigen Argumentation, insbesondere bei Burawoy, einige Probleme. Dass ich da eher der Lesart zuneige, die Brigitte Aulenbacher in der Tradition ‚kritischer Theorie‘ formuliert, habe ich einleitend schon geschrieben. Allerdings fehlt mir in ihrem Plädoyer für eine emanzipatorische Wissenschaft, dass der späte Horkheimer (1981/60) im Spannungsfeld zwischen hegelmарxistischer Emphase einerseits, Schopenhauerschem Pessimismus andererseits argumentiert - also als Philosoph und nicht als Soziologe. Und dann wiederum vermisse ich bei Horkheimer den Bezug auf ein existenzielles philosophisches Denken, wie es bei Albert Camus entfaltet ist und gegenwärtig in wissenschaftlichen Debatten wie auch im politischen Diskurs neu entdeckt wird.¹⁰ Mir ist zudem die auf eine sozialwissenschaftliche Profession hin zugespitzte, richtiger wohl eingeeengte Perspektive zu eng, die die gesamte Debatte prägt, denn die gesellschaftlichen Umbrüche sind nicht nur Gegenstand kritischer soziologischer Forschung.

¹⁰ Für die Sozialwissenschaften siehe die Arbeiten des Politikwissenschaftlers Markus Pausch (2017) oder auch eine meiner eigenen jüngsten Veröffentlichungen (Martens 2018c). Für die Philosophie siehe Michel Onfray (2015), für den politischen Diskurs Andrea Ypsilanti (2018).

4. Die Debatte müsste die Sozial und Geisteswissenschaften in ihrer ganzen Breite umfassen, also die Wirtschafts-, Geschichts- und Politikwissenschaften einbeziehen und nicht zuletzt auch die Philosophie.

Meine Kritik an dieser eingeeengten Perspektive ergibt sich zunächst einmal daraus, dass ich – als Politikwissenschaftler, der in seinem Berufsleben als empirischer Arbeits- und Gewerkschaftsforscher im Arbeits- und industriesoziologischen Feld tätig war - die multiplen Krisenentwicklungen in Ökonomie, Ökologie *und* Politik zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen nehme. Neben meinem entschiedenen Plädoyer dafür, die sozialwissenschaftlichen Herausforderungen der Zeit nicht zentral von *einer* einzelwissenschaftlichen Disziplin her anzugehen, vertrete ich so zum einen – unter anderem im Ergebnis der in den Thesen 1 bis 3 umrissenen Überlegungen – die Auffassung, dass man bei der Frage nach Einflussnahmen auf das neoliberale Rollback und seine Folgen die Wissenschaften nicht überschätzen sollte. Wenn es um politische Einflussnahme von WissenschaftlerInnen geht, um ihre Einflussnahme als Intellektuelle und politisch engagierte BürgerInnen also, dann muss man - nachdem man den Blick dazu auch auf den politischen Prozess der Gesellschaft in ihrer Krise geworfen hat - nach meiner Auffassung, breiter gefasst, mindestens das Verhältnis von Sozialwissenschaften in ihrer ganzen Breite, also Geschichte, Ökonomie, Politik einschließend, in den Blick nehmen.¹¹ Das Verhältnis von Politik und Philosophie kommt hinzu, und ich persönlich würde überdies, als Literaturwissenschaftler, der ich auch bin, geisteswissenschaftlich noch weiter ausholen und auch die Literatur mit einbeziehen.¹² Wenn Heinz Bude (2017,374) im letzten Beitrag zu dem von Aulenbacher u.a. herausgegebenen Sammelband davon spricht, dass *öffentliche Soziologie und gegenwärtiges Theater an einem Strang ziehen*, kann ich dem nur zustimmen - und im Übrigen vorschlagen, den Blick auch auf andere Literaturgattungen zu erweitern.

5. Gerade anwendungs- und politiknah orientierte Forschung sollte sich also des Umstands bewusst sein, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit nie nur einer Disziplin gehört.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit gehört nie nur einer Disziplin.¹³ Es geht immer um zumindest sozialwissenschaftliche Interdisziplinarität, wenn man entlang gesell-

¹¹ Jürgen Habermas und Paul Krugman, die ich im Hinblick auf die ersten kritischen Einschätzungen der Weltfinanzkrise 2008 einleitend zitiert habe, sind ein Philosoph, so jedenfalls wird Habermas mittlerweile vorrangig gesehen, und ein Ökonom; und eine der prägnantesten ökonomischen Analysen der Weltfinanzkrise hat mit Josef Vogl (2010) ein Literaturwissenschaftler vorgelegt.

¹² Siehe zum Verhältnis von Soziologie und Literatur, unter Bezugnahme auf Bourdieus einleitend zitierte Bemerkung zur Soziologie als einer *Bastardwissenschaft*, ausführlicher Martens 2018a.

¹³ Christian von Ferber (1997) hat das aus Anlass des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) in Köln in einem Rückblick auf mehr als zwei Jahrzehnte der ‚Auswanderung‘ anwendungs- und politikorientierter Sozialforschung

schaftlicher Konfliktlinien im Hinblick auf klarere Orientierungen im politischen Prozess der Gesellschaft, als Soziologe darauf aus ist, die eigene Resonanz zu erhöhen. Und wie oben schon hervorgehoben, ist man dann auch dazu herausgefordert, diesen Prozess selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu machen. Denn es gilt ja auch zu erklären, weshalb der politische Prozess einer Gesellschaft so fehlläuft, wie das derzeit der Fall ist – nach Überzeugung der Repräsentanten einer *öffentlichen Soziologie* ähnlich wie nach meiner Auffassung auch. Dazu sind dann auch politikwissenschaftliche Erklärungsansätze, und vielleicht auch die Kooperation mit Politikwissenschaftlern, wichtig. Ähnliches gilt für die Ökonomie usw. Und wenn es dann schließlich bei der Frage nach dem guten Leben um Sinnfragen geht, kommt unumgänglich auch das Verhältnis von Politik und Philosophie ins Spiel.¹⁴

Ich finde meine Auffassung im Übrigen in einer Reihe von Einzelbeiträgen bestätigt, die die Herausgeber*innen von *Öffentliche Soziologie* versammelt haben. Till van Treeck (2017,354) spricht am Ende seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Zustand der Wirtschaftswissenschaften von einem neu zu schärfenden *Profil einer öffentlichen Sozialwissenschaft*, und Heinz Bude (2017, 374) spricht am Schluss seines Aufsatzes davon, dass eine *öffentliche Soziologie mit ihrem intellektuellen Auftrag, einen Beitrag zur Selbstverständigung der Gegenwartsgesellschaft zu leisten, nicht allein in der ersten Reihe sitzt. Sie könne nur zusammen mit anderen, denen die öffentlichen Angelegenheiten am Herzen liegen, die damit aufgeworfenen Fragen offenhalten*. Christoph Georg schließlich betont wiederholt das Erfordernis aber auch die Schwierigkeiten von Interdisziplinarität, und er richtet in seinem Beitrag über *Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften* den Blick dann weiter auf die Einbeziehung nicht wissenschaftlichen Wissens: *Statt von einer öffentlichen Soziologie zu sprechen würde ich es (...) vorziehen, vom durchaus konflikthaften Zusammenwirken verschiedener Formen der Expertise zu sprechen, womit sowohl Alltagswissen von nicht-wissenschaftlichen Akteurinnen als auch ein lokal verankertes Erfahrungswissen angesprochen ist* (Georg 2017,143). Das wiederum entspricht den Intentionen der Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie*; aber Bude vermeidet es, in diesem Zusammenhang von einer organischen Soziologie zu sprechen. Ich komme darauf noch zurück.

aus der Universität mit Nachdruck hervorgehoben und die unumgängliche Interdisziplinarität solcher Forschung betont. Seither erleben wir allerdings eine Art Trendumkehr im Zeichen einer Reakademisierung. Gleichzeitig wird an der heutigen Massenuniversität Forschung und Lehre nach dem Modell der Schule zur Produktion und Vermittlung von Wissen für eine fortschreitend ökonomisierte Gesellschaft derart reorganisiert, dass der Kantianer Reinhard Brandt (2011) mit Gründen fragen kann, wozu wir denn dann noch Universitäten benötigen – und zugleich, wie in These zwei ausgeführt, die These vertritt, dass man an ihnen nur noch als *Partisan der Erkenntnis* wissenschaftlich arbeiten könne.

¹⁴ Existenzielle Philosophen wie Albert Camus oder solcher Philosophie verpflichtete Denkerinnen wie Hannah Arendt betonen übereinstimmend die zentrale Bedeutung solcher Sinnfragen – und bestreiten eine wissenschaftliche Zuständigkeit für ihre Beantwortung.

6. Wenn eine Wissenschaft wie die Soziologie sich als Wissenschaft für die Gesellschaft mit dem Projekt einer öffentlichen Soziologie gleichwohl im Kern auf das eigene Fach konzentriert und dessen Ergebnisse im politischen Prozess kritisch-konstruktiv zur Geltung bringen will, wird sie nicht umhin kommen, sich unter anderem auch mit kritischen Analysen dieses politischen Prozesses selbst auseinanderzusetzen.

Meine Ausgangsthese ist hier, dass Politik zwar wissenschaftliche Kenntnisse nutzen, oder, wie wir inzwischen sehr handfest erleben, leugnen oder ignorieren kann, dass aber der politische Prozess der Gesellschaft, ähnlich wie der ökonomische seine eigenen Logiken, Regelmäßigkeiten oder ‚Gesetze‘ hat.¹⁵ Wenn man meint, dass er - eng verschränkt mit den sich gegenwärtig immer stärker auftürmenden Problemwolken infolge multipler Krisenprozesse - fehllaufe, muss man also auch ihn selbst kritisch durchleuchten. Man kann nicht – wie Burawoy in seinem Beitrag das tut, einfach konstatieren, dass *Politikwissenschaftler den Standpunkt des Staates vertreten* (Burawoy 2017, 101) – und dann für die öffentliche Soziologie fordern, dass sie einen (anderen?) politischen Standpunkt einnimmt (ebd.).¹⁶ Und im Übrigen kann und sollte man sich über die Analyse politischer Prozesse Klarheit darüber verschaffen, dass solche Prozesse nie wissenschaftlich gesteuert werden können – schon allein deshalb, weil jede als gesichert geltende wissenschaftliche Erkenntnis eine wachsende Zahl neuer Fragen aufwirft. Politische Prozesse und Entscheidungen sind in aller Regel eng an Interessen gebunden, die zumeist mehr oder weniger borniert sind. Politik aber zeichnet sich gerade durch das *Übersteigen von Interessen* aus, und politischer Erfolg hängt in hohem Maße davon ab, dass es Politiker*innen gelingt, erfolgreich Leidenschaften und Gefühle an zusprechen. Auch darauf ist noch zurückzukommen.

Für die große Denkerin Hannah Arendt, die sich als Politikwissenschaftlerin verstanden hat, besteht die Kunst der Politik in solchem *Übersteigen von Interessen* (Brokmeier, 1994).¹⁷ Ihr stark Kantisch geprägtes Denken setzt zugleich entscheidend auf die menschliche Urteilskraft, ist also sehr rational geprägt. Wie Albert O. Hirschman (1980) gezeigt hat, verdankt sich der Erfolg des Interessenbegriffs als *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* eben der Vorstellung, mit der Orien-

¹⁵ Karl Marx (1939/41, 29) hat in seiner Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie nicht ohne Grund neben der politischen Ökonomie, der er die besten Jahre seines Lebens geopfert hat, wie er später schrieb, unter anderem auch die Politik, er spricht vom Krieg und von Staatsformen, als zwei mehrere weiterer Forschungsfelder benannt, denen es sich von seinem Wissenschaftsverständnis her zuzuwenden gelte.

¹⁶ Hannah Arendt zum Beispiel war zwar als Politikwissenschaftlerin nie Schulbildend, aber sie hat sich ganz dezidiert als solche verstanden, und ihre Politikwissenschaft hat mit Sicherheit nie *den Standpunkt des Staates* vertreten. Deren Ziel war es vielmehr erklärmaßen, *dass der Mensch ein handelndes Wesen wird* (Arendt 1993, 182). Siehe auch Martens 2013/16.

¹⁷ Peter Brokmeier (1994), hat diese Arendtsche Position innerhalb eines von der DFG geförderten politikwissenschaftlichen Diskurses entfaltet, in dem professionelle und kritische Politikwissenschaftler den Stand politischer Institutionentheorie zum Thema gemacht haben.

tierung auf eher rationale Interessen, die den Angehörigen des Adels zugeschrieben eher leidenschaftlichen Handlungsmotive zurückdrängen zu können. Denis Diderot, führender Kopf der radikalen Französischen Aufklärung, hat demgegenüber immer, und zu Recht, darauf bestanden, dass *die Passion der Vernunft vorausgehe* (Blom 2010,15, Martens 2014). Aus philosophischer wie auch soziologischer Sicht wäre schon aus diesem Grund über den Interessenbegriff von neuem grundlegend nachzudenken. Die problematische Unterscheidung von ‚objektiven‘ und ‚subjektiven‘ (Klassen)Interessen im marxistischen Denken kommt dann noch hinzu.

7. Auch wenn der Anspruch, Soziologie als Wissenschaft für die Gesellschaft zu betreiben nicht nur legitim, sondern vielen Soziolog*innen, und so auch mir, selbstverständlich ist – es ist unumgänglich zwischen wissenschaftlicher Arbeit und intellektuellem Engagement, in das man dann wissenschaftliche, philosophische oder auch alltagspraktische Erfahrungen einbringt, sorgfältig zu unterscheiden.

Man kann und sollte als Soziologe oder Soziologin sicherlich fragen, wie man im politischen Prozess einer Gesellschaft, wissenschaftliche Erkenntnisse des eigenen Fachs zur Geltung bringen kann. Und wenn man hinsichtlich der gesellschaftlichen/politischen Wertschätzung des Fachs besorgt ist, hat man ganz gewiss gewichtige zusätzliche Gründe dafür. Erst Recht hat man die, wenn man nicht so sehr auf wissenschaftliche Reputation innerhalb des Fachs Wert legt, sondern vor allem auf die gesellschaftliche Resonanz der Ergebnisse eigener Forschungen aus ist und folgerichtig die Relevanz soziologischer Forschung für die Gesellschaft im Blick hat. Bei Soziologie als Wissenschaft *von der, in der und für die Gesellschaft* (Bufraway) mag das besonders naheliegen, und angesichts der neuen Welle fortschreitender Vermarktlichung von durch das Kapitalverhältnis geprägten Gesellschaften mag eine kritische Praxis dagegen für jeden Soziologen naheliegen, der sich auch als Intellektueller begreift – und das wird die dann auch Konsequenzen für die eigene wissenschaftliche Arbeit haben. Doch beides, die eigene wissenschaftliche Arbeit und das politische Engagement als Intellektueller, sind nach meinem Verständnis zunächst einmal sorgsam voneinander zu unterscheiden. Die Gefahr einer politischen Überformung wissenschaftlicher Arbeit entsteht sonst leicht – ganz unabhängig davon, ob zudem noch ein problematisches, geschichtsphilosophisch aufgeladenes Wissenschaftsverständnis mit einem daraus folgenden Sendungsbewusstsein im Spiel ist (vgl. Fn. 22) oder nicht.¹⁸

8. Öffentliche Soziologie zielt auf Resonanzen im politischen Prozess der demokratisch verfassten Gesellschaften. Ihn hat das demokratische Projekt der Moderne, das seit der amerikanischen und französischen Revolution wieder in der Welt ist, als zunehmend öffentlichen Prozess konsti-

¹⁸ Aus eigener beruflicher Erfahrung in den „wilden 70er Jahren stehen mir dazu Beispiele reichlich vor Augen.

tuiert. Im Zeichen fortschreitender Prozesse einer Postdemokratisierung wird diese politische Öffentlichkeit durch einen neuen Strukturwandel zewrsetzt und bedroht. Kritische Soziologie ist ihm verpflichtet und sollte daher einer kritischen Politikwissenschaft verbunden sein.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird in den Gesellschaften, welche das demokratische Projekt der Moderne hervorgebracht hat, maßgeblich durch politische Prozesse geprägt. Dem Anspruch und den Verfassungsnormen demokratischer Gesellschaften nach ist das Angelegenheit des Demos insgesamt. In der Verfassungswirklichkeit sind es jedoch immer gesellschaftliche Funktionseliten, die allein diesen Prozess aktiv gestalten. Für die hier im Grundsatz rätendemokratisch denkende Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt ist das, im Ergebnis ihrer Analysen des Jahrhunderts der Revolutionen (Arendt 1974) und ihrer Fragen danach, was denn Politik sei (Arendt 1993) ein zentrales und ungelöstes Problem¹⁹ – ebenso wie das Problem der Herstellung einer durch Meinungsvielfalt geprägten Öffentlichkeit. Bei den berechtigten kritischen Hinweisen auf einen *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* seitens der Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie* stünde sie daher auf deren Seite. Prominente Soziologen haben vom *Staatsadel* gesprochen - so Pierre Bourdieu (2004) für Frankreich -, oder auch schon sehr viel früher davon, dass für die USA von einem oligarchischen Herrschaftssystem auszugehen sei, das ggf. auch rasch zu einer Präsidialdiktatur führen könne (Elias 1985, 107). Jedenfalls kann man allgemein davon sprechen, dass die Demokratie seit dem Beginn des demokratischen Projekts der Moderne immer nur als eine veränderte Herrschaftsform etabliert worden ist – die zudem in den fortgeschrittenen westlichen Staaten immer wieder auch heftig umkämpft gewesen ist – und bisher nicht zu einer Lebensform weiterentwickelt werden konnte. Dass in einer immer noch zutiefst fortschrittsgläubigen Welt - mit Fortschrittsmythen vom stetigen linearen Wirtschaftswachstum bis hin zu den wissenschaftlich-technischen Fortschrittsmythen²⁰ – für die als Verfassungsnorm immerhin festgeschriebene repräsentative Demokratie nach allgemeiner Vorstellung gilt, dass damit im Blick auf jeglichen denkbaren Fortschritt ‚das Ende der Fahnenstange‘ erreicht sei, ist daher ein Sachverhalt der dringlich zu Ideologiekritik herausfordert. Und dies wäre ein Thema für Soziologen, Politologen und Philosophen.

¹⁹ Siehe dazu Arendt (1974, 355), die in diesem Zusammenhang schreibt, *ich wünschte, ich könnte mich dieser Terminologie ganz entsagen*. Es ist alles andere als ein Zufall dass der innerwissenschaftliche Diskurs zur Krise der Politik, den allenfalls Richard Crouch (2008) ein wenig über diese Begrenzung hinausgetrieben hat, durchgängig – von Zigmunt Bauman über Gorgio Agamben oder Jacques Rancière bis zu Chantal Mouffe. Phillip Manow oder Holger Fach - das Denken Arendts als einen seiner zentralen Referenzpunkte hat. Siehe den Überblick zu dieser Debatte bei Martens (2010;86ff und 2014; 88-95).

²⁰ Siehe dazu, nicht nur im Blick auf die Naturwissenschaften, Hans Magnus Enzensbergers Arbeit über *Die Elixire der Wissenschaft* (Enzensberger 2002).

9. Die voranstehende These verweist zurück auf die Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts, die das Denken der Moderne bis auf den Tag zutiefst geprägt hat – durchaus gegen die Philosophie des radikalen französischen Aufklärers Denis Diderot. Gerade eine öffentliche Soziologie wäre gut beraten, hier für einen selbstkritischen Blick auf unseren wissenschaftlichen Weltbezug zu lernen.

Die kritische Soziologie hat Herrschaftsverhältnisse in den im Zuge der Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse fortgeschrittenen westlichen Ländern vor allem im Hinblick auf die Folgen kapitalistischer Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse behandelt. Das Demokratieproblem hingegen wurde in ihren Traditionslinien kaum systematisch bearbeitet.²¹ Ein weiteres Problem der Soziologischen Traditionslinien, an die *öffentliche Soziologie* heute anzuknüpfen sucht, liegt darin, dass es für sie als Gesellschaftswissenschaft immer wieder die Versuchung gegeben hat, sich an einem *privilegierten Ort* zu befinden, *der es ihr erlauben würde, als Soziologie für die Menschen der Gesellschaft zu sagen, wie sie leben sollen*. Man kann dies als eine Folge der Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts ansehen, in dem sie entstanden ist und in dem zugleich das radikale philosophische Denken der frühen französischen Aufklärung in Vergessenheit geriet.²² Brigitte Aulenbacher (2017, 95) weist auf diese Versuchung zu Recht kritisch hin. Und auch wenn die Beteiligten am Diskurs über eine *öffentliche Soziologie* diese Gefahr sehen, die allerdings nur Aulenbacher explizit und kritisch anspricht,²³ das ist eine Gefahr, die bereits aus einer Unterschätzung der *Grenzen der Soziologie* folgt, auf die Hans-Peter Müller (2017) als ein Repräsentant der professionellen Soziologie zu Recht hinweist, und das ist ein wichtiger Gesichtspunkt.

10. Der ambitionierte und umfassende Anspruch öffentlicher Soziologie wird, nicht zufällig, vor allem von Arbeitssoziologen artikuliert, denn die Arbeitssoziologie wollte schon immer mehr sein als eine Spezialdisziplin. Gegen den Anspruch, für die Zivilgesellschaft und gegen den entbetteten Markt zu stehen, ist wenig einzuwenden. Aber dieser Anspruch muss mit

²¹ Auf Marxens Betonung der Notwendigkeit einer Analyse des Politischen habe ich in Fußnote 14 verwiesen. Zu meiner Auseinandersetzung zu den Folgen dieser Leerstelle in der Marxschen Theorietradition siehe Martens 2018b.

²² Siehe zu dem hiermit angesprochenen Denis Diderot Philipp Bloms (2010) Buch *Böse Philosophen* oder auch Alexander Beckers (2013) Nachwort zu der Neuherausgabe seiner wichtigsten philosophischen Schriften, in dem er argumentiert, dass Diderots monistischer Naturalismus ganz auf der Höhe der Herausforderungen unserer Zeit formuliert sei.

²³ Hans-Jürgen Urbans Hinweis auf *entmutigende Erfahrungen aus der Vergangenheit* infolge einer *geschichtsphilosophisch aufgeladenen Überidentifikation der perzipierten Arbeiterinnenbewegung*, die eine *wissenschaftsunverträgliche Überpolitisierung* entsprechender Forschung bewirkt habe (Urban 2017, 79) zielt in die gleiche Richtung. Seine Kritik wendet sich aber eher gegen eine orthodoxe hegelmарxistische Traditionslinie auf Seiten der politischen Linken, an die manche Soziolog*innen aus der 68er Generation noch einmal anzuknüpfen suchten.

einer selbstkritischen Reflexion auf die Reichweite wissenschaftlicher Erkenntnis verbunden sein.

Ich denke, es ist kein Zufall, dass der sehr umfassende Anspruch einer *öffentlichen Soziologie* in Deutschland von KollegInnen formuliert wird, die stark von der Teildisziplin der Arbeits- und Industriosozologie geprägt sind. Die wollte in ihrer Geschichte immer mehr sein, als nur eine soziologische Teildisziplin²⁴ – und in ihr war die Marx-Renaissance der 1970er Jahre besonders nachhaltig wirksam. Für ihre deutschen Repräsentanten gilt, ähnlich wie für Michael Burawoy, dass mit der Orientierung auf Erwerbsarbeit und die ‚große Industrie‘ immer eine besondere Nähe zur Marxschen Theorietradition gegeben war (vgl. Brandt 1984). Klaus Dörre und Hans-Jürgen Urban weisen darauf hin – zum Teil unter expliziter Bezugnahme auf ihre wissenschaftliche Sozialisation in der ‚Abendroth-Schule‘ in Marburg (Urban, 2017, 79f) –, und Urban unterstreicht, dass für diese Variante einer marxistisch geprägten Soziologie die geschichtsmetaphysische Teleologie eines *prophetischen Marxismus* (Camus)²⁵ nie eine Rolle gespielt habe. Das mag stimmen. Gleichwohl: eine Soziologie in dieser Tradition, die als Gesellschaftswissenschaft eine ganz besonders herausgehobene Position beansprucht, bringt ihre Probleme mit sich – und ihr ist die Auseinandersetzung mit der in Fußnote 22 angesprochenen philosophischen Kontroverse immer noch anzuraten. Dies gilt auch deshalb, weil mit eben dem Scheitern dieses geschichtsmetaphysischen Konzepts angesichts der ‚Nacht des 20. Jahrhunderts‘ – und danach der so kaum erwarteten Schubkraft einer neuen langen Welle der Konjunktur, die die ökonomischen Grundlagen für die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien geschaffen hat – nicht nur der allmähliche Wandel sozialistischer Klassen- zu Volksparteien verknüpft war, sondern vor allem auch die Aufgabe jeglicher kapitalismuskritischer und zugleich systemtranszendierender Vorstellungen. Es geht hier also in eins um ein reflektiertes Wissenschaftsverständnis wie auch um das angemessene Verstehen der Entwicklung gesellschaftlichen Wirklichkeit und der sozialistischen politischen Linken.

Einige skeptische Fragen und weiterführende Überlegungen

Wenn ich von diesen Überlegungen ausgehend noch einmal auf das Verhältnis von *öffentlicher Soziologie* und ihrem wissenschaftlichen Feld zurückkomme, ergeben

²⁴ Siehe hierzu zuletzt Dieter Sauer's Reflexionen zur Zukunft der Arbeits- und Industriosozologie (Sauer 2008).

²⁵ Albert Camus (2016, 246f) argumentiert Marx habe *in seiner Doktrin die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt* und zielt dann mit seiner stringenten philosophischen Kritik in *Der Mensch in der Revolte* auf diesen *prophetischen Marxismus* – unter anderem mit dem Hinweis, das Moskauer Marx-Engels-Institut habe die Herausgabe der Werke Marxens 1935 abgebrochen habe, weil *der Inhalt (der über dreißig unveröffentlicht gebliebenen Bände) zweifellos nicht ‚marxistisch‘ genug* gewesen sei. *m zugrunde liegt (...), die wahre Größe von Marx ausmacht.* Diese Passage seines Buches endet damit, dass er dem Marxismus-Leninismus seiner Gegenwart ein Marx-Zitat entgegenschleudert: *Ein Ziel, das ungerechte Mittel braucht, ist kein gerechtes Ziel.*

sich für mich als Politikwissenschaftler, der während der 38 Jahre seiner Erwerbsbiographie auf dem Feld der Arbeits- und Industriesoziologen gewissermaßen ‚gewildert‘ hat, mehrere skeptische Fragen:

- Die *professionelle Soziologie* hatte meines Erachtens nie den Anspruch, den die Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie* aus der Perspektive *kritischer Soziologie* nach ihrem Verständnis - also mit Aulenbacher in der an Marx anknüpfenden Denkweise der ‚Frankfurter Schule‘, mit Dörre und Urban in der Abendroths – an sie herantragen; und das gilt sicherlich nicht nur für Deutschland. Nicht nur der, so Burawoy amerikanischen Tradition *angewandter Soziologie* ging es mit ihren Gegenwartsdiagnosen darum, *fest in ihrer Gegenwart verhaftet* zu sein und *sich lediglich mit dem Ausbügeln (...) geringfügiger Irrationalitäten* zu befassen. Die gesellschaftsaffirmative Seite der Sozialwissenschaften, und auch der Soziologie, war immer wieder höchst ausgeprägt. Immanuel Wallerstein hat 1996 nach seiner Arbeit als Leiter der Gulbenkian-Kommission zu Recht gefordert, die Sozialwissenschaften *kaputtzudenken*. Eine neue *öffentliche Soziologie im Machtfeld der Soziologie*, von dem Burawoy spricht, wäre, wie ihre Vorläufer in der Vergangenheit auch, eine kritische Minderheit.
- Man kann nun aber aus einer solchen Position heraus nicht versuchen wollen, im Fach – von der Peripherie zum Zentrum hin – einen ernsthaften Dialog zu führen und zugleich für sich eine *komplexe Außenposition* beanspruchen, womit man Anderen – im Klartext – mehr oder weniger deutlich blanken Empirismus, wenn nicht gar Theorielosigkeit vorhält. Man wird vielmehr die unterschiedlichen theoretischen Ansätze zunächst einmal akzeptieren und dann als theoretische Modelle ernsthaft wechselseitiger Kritik aussetzen müssen - was Dörre, meines Erachtens anders als Burawoy, zutreffend betont. Im Übrigen sei an dieser Stelle daran erinnert, dass zu Zeiten der Marxrenaissance in den 1970er Jahren eine kritische, anwendungsorientierte und auch aktionsforschend ansetzende Arbeits- und Industriesoziologie innerhalb der Profession einen ausgesprochen schweren Stand gehabt hat. Denn die hat sich, auch unter ihren kritischen Repräsentanten, im Mainstream klassisch aufklärerisch und deshalb mit gehöriger Skepsis gegenüber allzu großer Nähe zur außerwissenschaftlichen Praxis verstanden.²⁶
- Darüberhinaus bedarf der eigene Anspruch an eine herrschaftskritische öffentliche Soziologie der Klärung, was sich für ihn mit der parallelen Formulierung von einer *organischen öffentlichen Soziologie* verknüpft. Ingo Singe und Johanna Sittel (2017, 193) verwenden den von Burawoy in die Debatte eingebrachten Begriff, ähnlich wie Christoph Görg; für *oftmals spannungsreiche*

²⁶ Erst im Rückblick, wie er gut dreißig Jahre später unter methodischen und methodologischen Gesichtspunkten im Hinblick auf *Industriesoziologische Fallstudien* und die *Entwicklungspotenziale* dieser *Forschungsstrategie* erfolgt ist (Pongratz/Trinczek 2010), kann der Eindruck entstehen, dass es solche scharfen Kontroversen nicht gegeben habe.

Akteurskooperationen zwischen Arbeitssoziolog*innen und den in ihren Forschungsfeldern jeweils praktisch Handelnden. Man assoziiert bei der Berufswahl jedoch sofort Gramscis *organischen Intellektuellen*, der von ihm als mit dem Proletariat als dem revolutionären Subjekt eng verschränkt gedacht worden ist.²⁷ Wenn es dieses revolutionäre Subjekt jedoch so nicht gibt - was Jacques Rancière in seiner Auseinandersetzung mit dem Marxschen Politikbegriff, er spricht von *Meta-Politik*, überzeugend gezeigt hat -, weil es sich nämlich bei dem Marxschen Proletariat im Grunde um eine *Nicht-Klasse* handelt, die es jeweils immer noch nicht gibt²⁸ -, kann man keine im Gramscischen Sinne mit ihm organisch verschränkte Wissenschaft denken. Mir liegt hier Michel Foucaults *spezifischer Intellektueller* (Foucault 1977) sehr viel näher und ich würde mir eine schärfere Klärung des Begriffs wünschen.

- So sehr es dann für Soziologen als *spezifische Intellektuelle* aus meiner Sicht richtig ist, Handelnde unterschiedlicher sozialer Akteursgruppen/Bewegungen als Subjekte ihres Handelns ernst zu nehmen und nicht zu Objekten wissenschaftlicher Untersuchung zu machen – schon allein deshalb, weil ein solches Vorgehen wissenschaftliche Erkenntnismöglichkeiten bereichert -, so sehr ist doch zugleich auf der Distanz zwischen handlungsentlasteter Wissenschaft und jeweiligen Gruppen praktisch Handelnder zu beharren. Ute Volkmann (2017) – unter den Autorinnen zu *Grundlagen und Kontroversen öffentlicher Soziologie* insoweit auch eher eine Repräsentantin der professionellen Soziologie – hebt diesen Aspekt mit allem Recht hervor.²⁹

Soviel zu den skeptischen Fragen; nun zu den weiterführenden Überlegungen: Die Herausgeberinnen des Bandes zur *öffentlichen Soziologie* bearbeiten als Soziologen unterschiedliche thematische Felder – von der aus der Frauenbewegung heraus inspirierten Debatte über Care-Arbeit im Kapitalismus (Aulenbacher) bis hin zur kritischen Analyse der gegenwärtig Kontur gewinnenden Postwachstums-Kapitalismen (Dörre) . Weitere Anwendungsfelder wie Nachhaltigkeit oder soziale Bewegungen kommen in den folgenden Teilen hinzu. Eine Auseinandersetzung mit einem so breiten Themenspektrum würde zum einen den von mir aufgespannten Rahmen meiner Thesen überschreiten. Zum anderen bin ich auf den jeweiligen Feldern nicht gleich gut versiert. Im Blick auf eines meiner Anliegen als Politikwissenschaftler, nämlich die

²⁷ Klaus Dörre (2017, 37) verwendet diesen Begriff im Übrigen ganz explizit, vermeidet es allerdings, dazu dann auch Gramsci zu zitieren.

²⁸ *Proletariat ist der Name der ,Klasse, die keine ist, formuliert Ranciere (2002, 100).* Ganz anders verwendet Marx den Klassenbegriff allerdings dort, wo er sozusagen empirische soziologische und politische Analysen vorlegt und eine Vielzahl von gesellschaftlichen Klassen unterscheidet, wie in den *Klassenkämpfen in Frankreich*.

²⁹ Dies gilt jedenfalls im Licht meiner eigenen Erfahrungen damit, im Zuge der systematischen Entfaltung von Anwendungsorientierung einen professionellen Klientelbezug aufzubauen und diesen methodisch reflektiert zu nutzen und dabei die Beforschten als handelnde Subjekte in ihren jeweiligen Handlungsfeldern ernst zu nehmen. Siehe Martens/Dechmann 2010, 218-233.

Einengung auf den soziologischen Disziplinbezug zu problematisieren, lohnt es sich aber, auf den stark arbeits- und industriesoziologisch fokussierten Beitrag von Klaus Dörre noch einmal gezielter einzugehen. Und damit bin ich dann auch auf den Feldern, die in meiner Berufsbiographie einen herausgehobenen Stellenwert gehabt haben.

Klaus Dörre wendet sich mit zunächst einmal überzeugenden Argumenten gegen die Tendenz, die ökologischen Herausforderungen als Gattungsfragen *jenseits von Klasse und Stand* (Beck 1983) zu thematisieren. Die gesellschaftlichen Spaltungs- und die multiplen, also auch die ökologischen Krisenprozesse würden durch eine konsequente Verfolgung zumeist bornierter Klasseninteressen einer kleinen, zunehmend globalen Geldelite forciert, während ihre Folgen zuerst die Angehörigen der Unterklassen hier und der ‚Verdammten dieser Erde‘ im globalen Süden betreffen. *Klimawandel und soziale Ungleichheit* seien deshalb *untrennbar miteinander verknüpft*. Dass eine Eindämmung des Klimawandels *in einer stagnierenden Ökonomie ohne harte soziale Auseinandersetzungen, die auch und gerade zwischen Klassen ausgetragen werden, möglich sei, sei eine mehr als unrealistische Annahme* (Dörre 2017, 51). Mit harten sozialen Auseinandersetzungen ist allerdings schon allein deshalb zu rechnen, weil es hier um die Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse, oder eben der *Gewalt des Zusammenhangs* (Negt/Kluge) gehen wird. Klärungsbedürftig bleibt dann aber immer noch, was aus der empirischen Tatsache, dass das Viertel der Haushalte mit dem höchsten Einkommen in Deutschland im Durchschnitt dreimal so viel an Ressourcen verbraucht wie das ärmste Viertel (Geier, 2018), für eine (Klassen)Politik folgen soll.

Vor allem aber ist dann der Klassenbegriff selbst klärungsbedürftig. Klaus Dörre zieht ihn Schichtungsmodellen oder distinktiven milieuanalytischen Unterscheidungen im Anschluss an Pierre Bourdieu³⁰ vor, weil der Klassenbegriff die Kausalverknüpfung der Spaltungsprozesse zwischen Arm und Reich sichtbar mache. Der Blick werde so auf die inneren ökonomischer Reproduktionslogiken kapitalistischer Ökonomien gerichtet - im Zusammenspiel mit Politiken zur Sicherung bestehender Verteilung von Reichtum, Macht und Herrschaft innerhalb der herrschenden *Gewalt des Zusammenhangs*, der Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) den ganzen dritten Teil von *Geschichte und Eigensinn* gewidmet haben. Insofern ist es sicherlich berechtigt, die ungebrochene analytische Erklärungskraft der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* zu betonen, wie dies im Übrigen auch eher konservative Soziologen wie Karl-Siegbert Rehberg (2011) tun. Andererseits kann man aber kaum bestreiten, dass distinktive Milieuuntersuchungen im Anschluss an Bourdieu, wie sie für Deutschland insbesondere von der Forschungsgruppe um Mike Vester vorgelegt worden sind, empirisch eine so differenzierte Sicht auf unsere soziale Wirklichkeit in den Zeiten fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungsprozesse ermöglichen, wie

³⁰ Siehe dazu Bourdieu 1982 sowie für Deutschland die Forschungen der Gruppe um Mike Vester (Vester u.a. 2001).

sie die klassenanalytischen Ansätze zu Zeiten der Marxrenaissance der 1970er Jahre nicht annähernd ermöglicht haben.

Ich möchte an dieser Stelle, über meinen obigen Verweis auf Jacques Rancière hinaus die Aufmerksamkeit auf drei Gesichtspunkte lenken:

- Zum ersten fällt auf, dass die Verwendung des Klassenbegriffs im angelsächsischen Kulturkreis unbefangener und selbstverständlicher erfolgt als hierzulande – vermutlich weil hier die Philosophie Hegels, auch in ihrer hegelmарxistischen ‚materialistischen Erdung‘, nie so einflussreich gewesen ist wie in Kontinentaleuropa. Andererseits kommt Chrystia Freeland (2013) in ihrem Buch *Plutocrats: The Rise of the New Global Super-Rich and the Fall of Everyone Else* ohne den Klassenbegriff aus, und sie verweist doch, bereits im Buchtitel, auf den Kausalnexus, den Dörre hervorheben möchte.³¹ Wichtiger ist mir hier aber ein anderer Punkt: Das Verschwinden des Klassenbegriffs in den sozialistischen Parteien des Westens ist ja unzweifelhaft eng verknüpft mit den Niederlagen der alten Arbeiterbewegung und den Erfahrungen mit der ‚Nacht des Jahrhunderts‘. Das heißt, in den Worten Arendts (2003, 254). dass *die Oktober-Revolution die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts (gewesen), und darum (...) die Tatsache, dass auch dieser Weg im Totalitären endete, die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters* gewesen ist. Diese Erfahrung ist eng verbunden mit Wandel sozialistischer Parteien zu Volksparteien - und zugleich mit dem Verlust einer systemtranszendierenden Perspektive.
- Zum zweiten handelt man sich mit dem Klassenbegriff immer das Problem der Klasseninteressen mit ein. Und auch wenn man hier zusammen mit dem Klassenbegriff der marxistischen Tradition, also dem von *Klasse an sich* und *Klasse für sich*, auch die Unterscheidung von objektiven und subjektiven Interessen vermeidet, man bleibt doch leicht der Vorstellung verhaftet, dass menschliches Handeln ganz wesentlich von Interessen motiviert sei. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Albert O. Hirschman (1980) in seiner Untersuchung zur Karriere des Begriffs des Interesses als einer *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* gezeigt hat, dass der ökonomische Interessenbegriff im 18. Jahrhundert zusammen mit dem Aufstieg des Bürgertums deshalb stark gemacht worden ist, weil man hoffte, so die Verfolgung rationaler Interessen gegen die dem Adel zugeschriebenen starken Leidenschaften zum Zuge bringen zu können. Untersucht man nun heute soziale Konflikte,³² wird man – gegenläufig zu dieser Begriffsgeschichte - immer wieder finden, dass in ihnen Interessen und Leidenschaften treibende Motive der Menschen sind.

³¹ Im Deutschen Titel *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite* taucht eben dieser Zusammenhang hingegen nicht mehr auf.

³² Siehe dazu unsere Untersuchung zu Standortkonflikten *Am Ende der Deutschland AG* (Martens/Dechmann 2010), in der wir in Bezug auf einige der von uns näher untersuchten Konfliktfälle dezidiert von *leidenschaftlichem Interessenhandeln* gesprochen und auf die Analyse der Karriere des Interessenbegriffs bei Hirschman verwiesen haben.

- Damit stellt sich drittens die Frage, ob man eine systemtranszendierende Perspektive durch Rückbesinnung auf einen – nun von hegelmarxistischen Geschichtsmetaphysiken gereinigten – Klassenbegriff gewinnt, der sicherlich auf den ersten Blick radikal klingt. Dagegen kann man die These vertreten, dass es im politischen Prozess Gesellschaft heute darum gehen müsste, neben oder zusammen mit spezifischen Interessen gesellschaftlicher Klassen auch Gattungsfragen politisch wirksam, also öffentlich zur Sprache zu bringen. Die SP Schweiz, die heute unter den sozialdemokratischen Parteien mit bemerkenswerter Radikalität fordert, *eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen* (Positionspapier 2016), verzichtet vermutlich wohlüberlegt auf den Gebrauch des Klassenbegriffs. Für öffentliche Wirksamkeit eines *Linkspopulismus mit emanzipatorischem Charakter* fordern Cwedic Wermuth und Pascal Zwicky (2017, 82) zwar, *die Antagonismen zwischen oben und unten wieder herzustellen*, und sie sprechen auch von einer *zwingend notwendigen Klassenanalyse*, und Zwicky (2018) spricht in einem Vortrag über *Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation* unter Bezugnahme auf Alexander Demirovic (2017) auch von *Klassenpolitik*, aber man sollte genau hinsehen, wenn er ausführt, es gehe nicht

um eine Reduktion auf eine Gruppe von Lohnabhängigen - die Industriearbeiter, die Prekären – oder um die Festlegung auf eine gemeinsame Identität der Klasse, sondern vielmehr um die Perspektive einer neuen Produktions- und Lebensweise, um die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Formen der Beteiligung an der gesamten gesellschaftlichen Arbeit

Denn dann geht es nach meinem Verständnis darum, *ein transformatorisches politisches Subjekt* dadurch *zusammenzuführen*, dass unterschiedliche konkrete Interessen verschiedener sozialer Klassen – oder auch Schichten oder Milieus – artikuliert, und mit übergreifenden Zielen durch ihr *Übersteigen*, ganz im Arendtschen Sinne, vermittelt und eben auf diese Weise zusammengeführt werden.

- Ganz abgesehen davon, dass sich dann der Rückgriff auf Bourdieus Analyseinstrumente anbietet, dürfte es dann aber viertens auch darauf ankommen neben rationalen Interessen, auch Leidenschaften angemessen zu berücksichtigen. Um das, was damit gemeint ist, etwas greifbarer zu machen: Georg Büchners politische Forderung *Friede den Hütten, Krieg den Palästen* – angesichts des *nach uns die Sintflut* der Madame Pompadour, die sich des niedergehenden Spätabsolutismus vermutlich durchaus bewusst war -, verknüpft mit seiner leidenschaftlichen literarischen Gestaltung des Elends der einfachen Menschen im Woyzcek, oder seine Gestaltung der aufbrechenden Sinnfragen in seinem Prosastück Lenz, zielen neben neu aufzuwerfenden philosophischen Sinnfragen eher auf die Leidenschaften, die er angesichts seiner Empö-

rung über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu entfachen versucht hat. Die sind deshalb dort, wo es um vernünftig begründete Interessen und Interessenausgleiche geht also immer mit im Spiel und deshalb in angemessener Form zu artikulieren.

Eine Linke, die heute wieder Politikfähig werden will, müsste ihre Darlegung vernünftiger, interessenbezogener und zugleich auf der Suche nach zielführenden und tragfähigen Kompromissen Interessen übersteigender Politik auch überzeugend mit einer leidenschaftliche Politik verknüpfen – die sich also darauf versteht und nicht scheut, Leidenschaften gegen den Zynismus des herrschenden Politikbetriebs zu mobilisieren, zugleich aber immer im Blick behält, wie sie sie im Rahmen einer stetig öffentlich geschärften Urteilskraft in vernünftigen Bahnen hält. Diese Überlegung bewegt sich im Übrigen ganz in den Bahnen des philosophischen Denkens des radikalen französischen Aufklärers Denis Diderot. Pilipp Blom (2010, 15) schreibt dazu zutreffend: so sehr Diderot als Philosoph die Vernunft gegen das Vorurteil ins Feld führe, erkennt er doch auch,

dass das menschliche Wesen ganz anderen Prinzipien gehorche. Die Natur drücke sich durch starke und blinde Leidenschaften aus, die eigentlichen Antriebskräfte des Daseins. Sie könnten mittels Vernunft vielleicht gelenkt werden, so wie Segel ein Schiff durch unwiderstehliche Winde und Strömungen eines Ozeans steuern, aber die Vernunft stehe immer an zweiter Stelle, sei schwächer als die Passion.

Eben diese Maxime dürfte überall dort gelten, wo sich Sozialwissenschaftler – also Soziologen, Politikwissenschaftler, Ökonomen usw., aber eben auch Philosophen oder Literaten als Intellektuelle in den politischen Prozess der Gesellschaft einzumischen suchen.

Literatur:

- Arendt, H.(2004/1971): Die Lüge in der Politik, in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Heft 3/2004, S. 3-18; Erstveröffentlichung 1971 in New York Review of Books
- (1974): Über die Revolution, München-Zürich
 - (1979): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
 - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München- Zürich
 - (2003): Denktagebuch (Hgg. von U. Ludz und I. Nordmann),2 Bände, Zürich
- Aulenbacher, B. (2017): Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 84-98
- Aulenbacher, B.; Burawoy, M.; Dörre, K.; Sittel, J. (Hg.):Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Beck, U. (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35–74 in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen
- Becker, A. (2013): Diderot und das Experiment des Naturalismus. Nachwort, in: Denis Diderot. Philosophische Schriften, Frankfurt am Main, S.205-269
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München

- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- (2004): Der Staatsadel, Konstanz
 - (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1, Herausgegeben von Margareta Steinrücke. Hamburg
- Brandt, R. (2010): Wozu brauchen wir noch Universitäten? Und welche? Festvortrag anlässlich der Verleihung des „Heidelberger Förderpreises für klassisch-philologische Theoriebildung“, am 12. Februar 2010
- (2011): Wozu noch Universitäten?, Hamburg
- Brandt, G. (1984): Marx und die neuere deutsche Industriosozologie, in: Ders. (Hg.), Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.) Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Bude, H. (2017): Das Theater als Ort öffentlicher Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 370-375
- Burawoy, M. (2017): Die Zukunft der Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 99-112
- Camus, A. (2011): Der Mythos des Sisyphos (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dörre, K. (2017): Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie, in: Dörre, K. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 33-67
- Elias, (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt am Main
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1997): Sozialforschung – Ein zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung, in: ARBEIT; 2/1997, S. 139-153
- Foucault, M. (1977): Wahrheit und Macht. Interview von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino, in: Dispositive der Macht, Michelt Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Main
- Geier, M. (2018): Geld ruiniert die Welt. Je wohlhabender die Haushalte in Deutschland sind, desto mehr Ressourcen verbrauchen sie – und belasten so die Umwelt, SZ 10-07. 2018
- Görg, C. (2017): Boundary Negotiations: Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 133-145
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- (2008): Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig: Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 46, 06.11. 2008
- Hirschman, A. O. (1980): Leidenschaften und Interessen, Frankfurt am Main
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- Huchler, N. (Hg) (2008): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriosozologie, Berlin
- Klausnitzer, R. (2011): Endgültige Kapitalisierung, <http://www.Freitag.de/kultur/1130-endgultige-kapitalisierung>
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./NewYork
- Lehndorff, S. (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lepsius, M. R. (2003): „Die Soziologie ist eine Dauerkrise. Gespräch mit Georg Vobruba“, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32.Jg. Heft 3, S.20-30.

- (2008): Blicke zurück und nach vorne: M.- Rainer Lepsius im Gespräch mit Adalbert Hepp und Martina Löw. In: Hepp, A.; Löw, M.- (Hg.) M. R. Lepsius. Soziologie als Profession, Frankfurt/New York, S. 11-75
- Martens, H. (2001) Auf dem Weg zu einer neuen Aktionsforschungsdebatte? Forschung, Organisations- und Politikberatung aus Sicht sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung, 340-370 in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001, S. 340-370
- (2008): Arbeits- und Industriesoziologie: Ende der Debatte bedeutet nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt 2/2008, S. 790-100
- (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur Grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Forschung für gesellschaftliche (Um)Gestaltung, Münster
- (2013/2016): Hannah Arendt und der politische Humanismus, www.drhelmutmartens.de
- (2014a): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiter denken, Münster
- (2014b): Denis Diderot und das vergessene Erbe der Aufklärung. Die radikale Aufklärung als Inspiration und Warnung angesichts der Träume der westlichen Zivilisation, www.drhelmutmartens.de
- (2015): „Grenzgängerischere“ Erfahrungen mit der „kritischen Industriesoziologie“ – Reflexionen angesichts der spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs mit einmal umfassenderem gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, www.drhelmutmartens.de
- (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus. Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
- (2018a): Intellektuelle und politische Praxis - Philosophie und Politik, Wissenschaftliche und literarische Zugänge zur Wirklichkeit, www.drhelmutmartens.de
- (2018b): Die Krise der Demokratie als Herausforderung linker Politik, oder: Der schwierige Weg zur Demokratie als Lebensform, www.drhelmutmartens.de
- (2018c): Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, (Veröffentlichung in Vorbereitung, Erstfassung auf www.drhelmutmartens.de)
- Martens, H.; Dechmann, U (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Marx, K., (1939/1941): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau, Fotomechanischer Nachdruck o. J. Frankfurt/Wien
- Müller, H.-P. (2017): Die Grenzen der Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 113-118
- Münch, R. (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Frankfurt am Main
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Onfray, M. (2015): Im Namen der Freiheit. Leben und Philosophie des Albert Camus, München
- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Plank, M. (1990): Vom Wesen der Willensfreiheit und andere Vorträge, Frankfurt am Main
- Pongratz, H. J.; Trinczek, R. (Hg.): Industriesoziologische Fallstudien. Entwicklungspotenziale einer Forschungsstrategie, Berlin
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- Rancière, J., (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main

- Reherg, K.-S. (2011): "Klassengesellschaftlichkeit" nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1/2011, S. 7 - 21
- Reif, M. (2016): Professionelle und öffentliche Soziologie, in: Soziologie, Heft 1 2016, S.7-23
- Sauer, D. (2008) Industriesoziologie – mehr als eine akademische Disziplin. Ein historischer und subjektiver Blick in ihre Zukunft, in: Huchler, N. (Hg) (2008): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin, S. 199-218
- Singe, I.; Sittel, J. (2017): Prekarität im Dialog: Arbeitssoziologie als organische öffentliche Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S.189-200
- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wallerstein, I. (1995): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“, Weinheim
- (1996): Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Frankfurt-New York
 - (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Vester, M.; v. Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im sozialen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main
- Volkman, U. (2017): Gegenwartsdiagnose: Öffentlich und/oder Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 119-130
- Wermuth, C. ; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum dtransformatorischen Aufbruch der Sozialökonomie, in: Widerspruch, Heft 69, 2017, S. 79-92
- Ypsilanti, A. (2018): Und dann regieren wir uns selbst, Berlin
- Zinn, K. G. (2007): (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
- (2016): Vom Industriekapitalismus zum Neofeudalismus? Überlegungen zu einer Zukunft ablaufenden Wirtschaftswachstums, (Manuskript), veröffentlicht in: AK Postwachstum (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik, die Grenzen der kapitalistischen Lebensweise, Frankfurt/New York
- Zwicky, P. (2018): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation. Denknetz U-35, Januar 2018, Basel, Foliensatz